

Dem Fortschritt verpflichtet : das Manifest der Schweizerischen Eidesstattlichen Genossenschaft

Autor(en): **Raschle, Iwan / Schällibaum, Daniel / Hörmen [Schmutz, Hermann]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin**

Band (Jahr): **119 (1993)**

Heft 46

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-618464>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Das Manifest der Schweizerischen Eidgenössischen Genossenschaft

Dem Fortschritt verpflichtet

Von Iwan Raschle und Daniel Schällibaum

Vorbei die Zeit des Zauderns, der demokratischen Ineffizienz! Die längst überholte Bundesverfassung hat ausgedient und wird von einem fortschrittlichen Manifest abgelöst. Endlich hat die Schweiz eine transparente, straffe Verfassung, die den Anforderungen der Zeit standhält. Die Schweiz muss vorwärtstreben. Die 50 künftig anstelle des Parlaments und des Bundesrates regierenden Firmen haben den Handlungsbedarf erkannt und nehmen ihre volkswirtschaftliche Verantwortung wahr. Endlich, ist man leider gezwungen zu sagen.

Zu lange haben die Wirren gedauert, zu lange haben Orientierungslosigkeit und Desillusionierung in unserem Lande geherrscht. Das Nein zum Europäischen Wirtschaftsraum steht hier beispielhaft im Raum. Die Schweizer haben in den letzten Jahren den wahren Stellenwert der Wirtschaft verkannt, verleugnet sogar. Selbst unser Aussenminister, Bundesrat Flavio Cotti, verkündete dem Volk erst kürzlich, die europäische Idee sei einzig und allein politischer Natur, Europa sei dem Frieden verpflichtet, und wirtschaftliche Überlegungen seien sekundär.

Dem ist nicht so, und das hat unsere Wirtschaft erkannt. Die Schweiz braucht gar keinen Europäischen Raum, wenn sie in ihrem Innern für Ruhe und Ordnung sorgt. Und ein Klima schafft, das die Wirtschaft gedeihen lässt. Das Ausland wird ja bereits durch die Filialen unserer Wirtschaftsunternehmen abgedeckt, und solange wir keine ausländischen Firmen im Innern dulden, stimmt auch die Aussenwirtschaftsbilanz.

Dennoch soll dem Bundesrat der Schweizerischen Eidgenossenschaft an dieser Stelle gedankt sein. Die Schweizerische Eidgenössische Genossenschaft tut gut daran, dem Bundesrat Entlastung zu gewähren und seine Leistung zu tolerieren.

Nun aber ist ein anderes Zeitalter angebrochen. Künftig wird die Schweiz regiert!

Halt, Zweifler! Die schweizerische Wirtschaft hat rechtmässig gehandelt, denn die Wirtschaft sind wir alle, letztlich hat also der Souverän die Macht übernommen: Der Staat denjenigen, die ihn zu tragen vermögen, den Leistungskräftigen, Erwerbsfähigen! Hand aufs Herz: Wollen wir noch mehr Arbeitslose, Fixer und Ausländer durchfüttern? Wollen wir einen rechtsfreien Raum?

Wir wollen keinen verordneten Staat mehr unterhalten! Deshalb ist es zu begrüßen, dass die Wirtschaft den verbeamteten Regierungsrepräsentanten das Ruder aus den Händen genommen hat. Verschuldet haben das die Regierungsparteien selbst. Nicht zuletzt die Sozialdemokraten. In den letzten Jahren wurde in

Bern immer weniger regiert, sondern nur mehr machtpolitisiert.

Der Wirtschaft geht es nicht um die Prosperität unseres Finanzplatzes, um möglichst hohe Reserven (um Krisen unbeschadet überstehen zu können) und um den Fortschritt an und für sich.

Dank des neuen Manifests, ja der neuen Staatsform überhaupt, können gleichzeitig zahlreiche andere Probleme gelöst werden: Überfremdung, Arbeitslosigkeit, überforderte Führung, um möglichst hohe Reserven (um Krisen unbeschadet überstehen zu können) und um den Fortschritt an und für sich.

Zu guter Letzt spricht ein für uns Schweizer wichtiges Argument für die neue Staatsform: die Ehrlichkeit. In der Schweizerischen Eidgenössischen Genossenschaft herrscht absolute Transparenz. Interessenvvertreter brauchen sich nicht mehr zu verbergen, weil sich der ganze Staatsapparat den Interessen der Wirtschaft unterzuordnen hat.

«DIESE UND ÄHNLICHE WÄREN ALSO DIE EIGENSCHAFTEN DER DEMOKRATIE.»

(Platon, Politeia)

